

Bericht zur Podiumsdiskussion:

EU-Mitgliedschaft der Türkei – nur noch ein Wunsch der USA?

Am Freitag, den 07. Mai 2010 fand im Rahmen der American Days eine Podiumsdiskussion zum Thema „EU-Mitgliedschaft der Türkei – nur noch ein Wunsch der USA?“ im Kleinen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses statt. Veranstalter waren das Europa Zentrum Baden-Württemberg, die Heinrich Böll Stiftung sowie das Deutsch-Amerikanische Zentrum; unterstützt wurde die Veranstaltung durch die Robert Bosch Stiftung. Die Diskussionsrunde bestand aus Heide Rühle, Mitglied des Europäischen Parlaments, Dr. Andrew Denison, Direktor von Transatlantic Studies, Königswinter sowie Kerim Arpad, Geschäftsführer des Deutsch-Türkischen Forums in Stuttgart. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Dr. Britta Waldschmidt-Nelson, die dem Amerika-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität in München angehört.

Nach der Vorstellung der Diskussionsteilnehmer durch Dr. Britta Waldschmidt-Nelson, wurde die Diskussion durch einige einleitende Fragen eröffnet. So gab Herr Arpad einen kurzen Überblick in welche Verträge die Türkei derzeit bereits eingebunden ist und betonte, dass bereits Atatürk viele Gesetze aus Westeuropa in den Rechtsbestand der Türkei übernommen und so wichtige Reformen in Bezug auf eine Annäherung der Türkei an Europa in Gang gesetzt hatte. Die Türkei hatte schon immer eine Tendenz zu Europa, vor allem in den letzten Jahren machte sich aber auch eine zunehmende Skepsis und Erschöpfung in der Türkei breit: So lange wartet man schon auf einen EU-Beitritt und immer wieder kommt es in den Verhandlungen und Annäherungen zum Stillstand.

Anschließend erläuterte Dr. Denison wie die Rolle der USA in der Diskussion um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei ist. So liegt es aus sicherheitspolitischen Gründen sehr im Interesse der USA, dass die Türkei eng in die euroatlantischen Beziehungen eingebunden ist. Hinzu kommt mittlerweile aber auch die Erkenntnis, dass die Türkei ein wichtiger Wirtschaftspartner geworden ist.

In der weiteren Diskussion ging es erst einmal um die Frage, wie die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ablaufen und welche Voraussetzungen generell zu erfüllen sind. Frau Rühle machte bei diesen Fragen deutlich, dass sich die Türkei bisher als verlässlicher Partner gezeigt hat und vor allem auch für die Stabilität im westlichen Balkan eine wichtige Rolle spielt. Bei der Frage nach einem EU-Beitritt

reicht dies aber nicht aus, denn man muss sich vor Augen führen, dass die EU mittlerweile aus 27 Staaten und damit auch aus 27 Meinungen besteht. Zudem ist es immer schwierig, wenn sich zwei Staaten kritisch gegenüber stehen und einer dieser Staaten bereits Mitglied der EU ist; wie es bei Griechenland und der Türkei aktuell der Fall ist. Dennoch wurde die Beitrittspartnerschaft einstimmig beschlossen und ein sogenanntes Screening der Gesetze und Rechtsvorschriften der Türkei auf die Kompatibilität mit den EU-Vorschriften hat bereits stattgefunden. Im weiteren Verlauf der Beitrittsverhandlungen wird nun Kapitel für Kapitel eröffnet werden; der derzeitige Stand ist, dass 12 Kapitel eröffnet sind sowie eines vorläufig abgeschlossen ist. Es werden jedoch mehrere Kapitel von einigen Mitgliedsstaaten wie Frankreich, Griechenland und Zypern blockiert und auch die EU selbst blockiert momentan acht Kapitel so lange, bis die Zypernfrage gelöst ist. Im Vergleich der Türkei mit den jüngsten EU-Mitgliedern Bulgarien und Rumänien wies Frau Rühle darauf hin, dass zwar der Unterschied zu diesen beiden Ländern nicht so groß ist und die Türkei wirtschaftlich sogar besser gestellt ist, man jedoch nicht vergessen darf, dass Bulgarien und Rumänien zwei kleine Länder sind, die Türkei jedoch um ein Vielfaches größer ist und daher die Union bei einer Krise auch stärker belasten und sie womöglich an ihre Belastungsgrenze bringen würde. Einen zu schnellen Beitritt hält Frau Rühle daher für falsch und plädiert dafür, dass man die Verhandlungen sorgfältig und gründlich führt und sich die dafür nötige Zeit nimmt.

In der folgenden Diskussionsphase ging es vor allem um die Rolle des Militärs in der Türkei. Sowohl Kerim Arpad, wie auch Heide Rühle wiesen darauf hin, dass das Militär immer noch eine hohe Bedeutung in der Türkei hat und großes Ansehen innerhalb der Bevölkerung genießt, wenn auch der Einfluss in den letzten fünf Jahren zurückgegangen ist. Beide Diskutanten waren sich darin einig, dass bis zu einem möglichen EU-Beitritt nicht mehr das Militär die Politik kontrollieren darf, sondern die Politik die Kontrolle über das Militär haben muss.

Im weiteren Verlauf setzte sich die Diskussionsrunde mit der Frage nach den europäischen Werten auseinander und inwiefern die Türkei diesen entspricht. Dr. Denison machte dabei darauf aufmerksam, dass sich Werte jederzeit ändern können und dass auch insbesondere die Türkei ein sehr wandelbares Land ist und sich schnell verändert. Für ihn gibt es keine Zweifel daran, dass die Türkei ihren Platz zwischen den so unterschiedlichen Staaten Europas finden kann. Auch Frau Rühle sieht in der Wertedebatte keine Inkompatibilität mit der Europäischen Union, sondern sie sieht die Türkei ganz im Gegenteil als sehr europäisch. Sie untermauerte ihre Aussage damit, dass sie eine wichtige Parallele zwischen der Türkei und der EU aufzeigte: Die Türkei stellt im Nahen und Mittleren Osten eine Zivilmacht dar und versucht die Region durch wirtschaftliche Verflechtungen zu befrieden – genau die gleiche Strategie verfolgte auch die Europäische Union von Anfang an. Herr Arpad warf im Zusammenhang um die Diskussion nach gemeinsamen Werten zudem die Frage auf,

inwieweit die Europäische Union überhaupt solche gemeinsamen Werte besitzt und glaubt, dass die Wertedebatte nur ein vorgeschobenes Argument in der Diskussion um den Türkeibeitritt ist. Als Beispiele für Länder, die gerne eine solche Wertedebatte „vorschoben“ und das Türkeitema immer wieder innenpolitisch vor Wahlen „missbrauchen“, nannte Frau Rühle in erster Linie Frankreich und Deutschland, aber auch Österreich. Auch Zypern lässt sich ganz deutlich auf die Seite der Gegner eines Türkei Beitritts einordnen. Im Gegensatz dazu stehen Großbritannien und die Staaten Südosteuropas einem Beitritt der Türkei positiv gegenüber.

Bei der Frage vor welchen Herausforderungen die Türkei in Zukunft noch steht waren sich alle Diskutanten einig, dass die Türkei in erster Linie mehr in die Ausbildung ihrer jungen Bevölkerung investieren muss. Zudem sollte die Türkei ihre Modernisierung nicht von einem EU-Beitritt abhängig machen und ihr Potential unabhängig davon nutzen. Neben der Türkei stehen aber auch die EU selbst und ihre Mitgliedsstaaten noch vor Herausforderungen, was Frau Rühle und Herr Arpad immer wieder betonten. So geht es insbesondere in Deutschland, aber auch in anderen EU-Staaten darum, Menschen mit Migrationshintergrund besser zu fördern und besser in die Gesellschaft einzubinden. Herr Arpad wies darauf hin, dass in Europa bereits geschätzte 15 Millionen Muslime leben und es daher dringend notwendig ist das „Feindbild Islam“ abzuschwächen.

Zum Abschluss der Diskussionsrunde gaben alle drei Diskutanten Prognosen für die Zukunft der Beitrittsverhandlungen ab: So sieht Herr Arpad die Türkei ganz sicher in ca. fünfzehn Jahren als Mitglied der EU. Frau Rühle machte in ihren Schlussworten noch einmal deutlich, dass die EU vor zwei großen Herausforderungen in den nächsten Jahren stehen wird: Die Integration des westlichen Balkans und die Integration der Türkei – und beides wird Zeit brauchen. Einen möglichen Zeitpunkt des Türkei Beitritts nannte sie nicht, sagte aber klar, dass das Europäische Parlament weiterhin zur Beitrittsperspektive steht. Für Dr. Denison ist aus amerikanischer Perspektive vor allem eine weitere Vertiefung der Beziehungen zur Türkei vorrangig. Er betonte dass man das Ziel des abschließenden Beitritts nicht aus den Augen verlieren dürfe, dass jedoch der Weg dorthin mit allen Reformen und Annäherungen genauso wichtig sei.

Im Anschluss daran entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, in der es vorrangig noch einmal um die Frage nach den gemeinsamen Werten, wie einer bestimmte Religion oder den Schutz von Menschenrechten ging. Zum Thema wurde aber auch, dass zum jetzigen Zeitpunkt die EU erst einmal handeln und sich über bestimmte Fragen klar werden muss; denn im Zusammenhang mit der Frage um den Türkei Beitritt geht es immer auch um die Frage, wie weit die Union überhaupt noch wachsen soll und kann.